

Betreuungsgesetz schafft problemlos erste Hürde

Nach dem die ersten zwei geplanten Grossratsitzungen ausgefallen sind, (siehe Kommentar) traf sich der Rat zu seiner ersten Sitzung im neuen Jahr.

Im Mittelpunkt dieser ersten Sitzung stand die 1. Beratung des Gesetzes über die Einrichtungen für Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen (Betreuungsgesetz). In einem neu konzipierten und übersichtlichen Regelwerk schafft der Kanton Aargau die Grundlagen für die Sonderschulung, die stationäre Kinder- und Jugendhilfe und die Betreuung von erwachsenen Menschen mit Behinderungen. Das Gesetz regelt vorab die Betriebsbewilligung, Anerkennung, Aufsicht, Planung, Steuerung und Finanzierung sowie spezieller Einrichtungen. Dieses Gesetz gewährleistet die Bereitstellung bedarfsgerechter Angebote für Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen und es wird darauf geachtet, dass diese Einrichtungen qualitativen und wirtschaftlichen Anforderungen zu genügen vermögen. Der Grosse Rat beschloss mit 111:6 Stimmen einen jährlichen wiederkehrenden Kredit von 5 Mio. Franken für den Aufbau und Betrieb des *Swiss Nano Centers* der Uni Basel. Dieses Aargauer Engagement soll im ersten Schritt, der Aufbauphase, zu einer Zusammenführung der vorhandenen Kompetenzen in der Nanowissenschaften und Nanotechnologie in der Nordwestschweiz, namentlich der Uni Basel, dem Paul Scherrer Institut (PSI) und der Fachhochschule Nordwestschweiz führen. Dieser Zusammenschluss mündet dann in dieses neue Forschungszentrum *Swiss Nano Center*. Interessant dabei ist, auch aus Fricktaler Sicht, dass der Regierungsrat erwartet, dass nebst der Innovationswirkung sein (unser) Beitrag an die Uni Basel vom Kanton Basel-Stadt angerechnet werden soll, falls es unter den Kantonen einst zu formellen Verhandlungen über die Abgeltung von Zentrumsleistungen kommen sollte. Die SP-Fraktion reichte eine Standesinitiative ein, welche vom Bundesparlament verlangen will, dass die Filterpflicht für dieselbetriebene Fahrzeuge zwecks dringend nötiger Verbesserung der Luft, eingeführt werden soll. Die Postulate von Beat Edlmann (CVP) und des Schreibenden welche sich mit den Zollstellen in Rheinfelden/Warmbach und Koblenz/Waldshut befassten, wurden zwar vom Regierungsrat und durch das Parlament angenommen, jedoch gleichzeitig Abgeschrieben. (Siehe dazu auch speziellen Leserbrief in dieser Zeitung) Der Grosse Rat bewilligte mit 95:8 Stimmen, via Richtplananpassung auch ein Hochwassermanagement für den Kanton Aargau. Da in den vergangenen Jahren immer häufiger Hochwasserereignisse aufgetreten sind, kann diesen Risiken nur mit einem solchen Hochwassermanagement begegnet werden. Dieses umfasst Vorsorge-, sowie auch wasserbauliche- und organisatorische Massnahmen. Gleichzeitig werden Kanton und Gemeinden verpflichtet, die daraus resultierenden Gefahrenkarten und Massnahmenplanung im Rahmen der

Verhältnismässigkeit umzusetzen. Ein Postulat von Thomas Leitch (SP) betreffend Wiedereinführung des Textilen Werkunterrichts an den 2.Primarklassen in verschiedenen Gemeinden wurde vom Rat äusserst knapp mit 61:60 Stimmen überwiesen. Der Regierungsrat wird nun aufgefordert, bei den Gemeinden abzuklären, an welchen Schulen der Textile Werkunterricht an den Klassen der 2.Primarschule wieder eingeführt wurde oder wird und wer für dessen Finanzierung aufkommt. Aufgrund des Resultats der Bestandesaufnahme soll der Regierungsrat dann prüfen, ob und ab welchem Zeitpunkt eine Wiedereinführung des Textilen Werkens an den 2.Primarklassen im ganzen Kanton sinnvoll ist und was die finanziellen Konsequenzen einer Wiedereinführung durch den Kanton sind. Die geschlossene SP-Fraktion, eine Mehrheit der CVP, die Grünen und die EVP machten diese Überweisung erst möglich. Damit ist eine Wiedereinführung jedoch noch lange nicht gesichert. Aber ein Silberstreifen am Horizont ist es allemal.

Roland Agustoni
Grossrat
Magden